

Kein Bürgermeister-Kandidat von CDU und UWG

Bürgermeister-Direktwahl – Statt Personalvorschlag ein Aufruf zur Neuaufstellung der Rathausführungen

Für die Direktwahl des Brensbacher Bürgermeisters am 2. Februar 2014 werden weder die CDU noch die überparteiliche UWG einen Kandidaten vorschlagen. Damit bewirbt sich um die Nachfolge von Hans-Georg Stosiek (SPD) weiter allein der Sozialdemokrat Rainer Müller.

BRENSBACH. Aus der Kommunalwahl 2011 war in Brensbach die Gegenströmung zur regierenden SPD gestärkt hervorgegangen. Denn neben der CDU schaffte auch die den Freien zuzurechnende UWG den Einzug in die Gemeindevertretung, was die absolute SPD-Mehrheit dort auf 13:12 Stimmen stützte. Bei der knapp drei Jahre später anstehenden Wahl eines Nachfolgers für den sozialdemokratischen Bürgermeister Hans-Georg Stosiek (64) allerdings holen die beiden kleineren Gruppen nun nicht zum Versuch aus, in der Gemeinde einen Machtwechsel zu vollziehen.

Wie Christdemokraten und Überparteiliche soeben in einer gemeinsamen Erklärung publik gemacht haben, werden sie auf die Einreichung einer Kandidatur für die Direktwahl am 2. Februar verzichten. Weder werde es einen gemeinsamen Bewerber geben noch werde eine der beiden Gruppierungen eigenständig einen Interessenten benennen, bestätigten die Vorsitzenden Achim Weidmann (CDU) und Thomas Strubel (UWG). Übereinstimmend wollten Union und Unabhängige damit ein Zeichen für eine kommunale Neuorientierung im oberen Gersprenztal setzen.

Wie Weidmann und Strubel betonten, erkläre sich die Zurückhaltung bei der Kandidatur nicht aus dem Mangel an geeigneten Bewerbern. Beide Gruppierungen hätten über je einen ambitionierten Interessenten verfügt, der jeweils auch für einen gemeinsamen Wahlvorschlag in Frage gekommen sei. Demgegenüber aber hätten sich CDU und UWG übereinstimmend für eine sachliche Alternative zur Personalpolitik entschieden: ein Plädoyer für die Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Bürgermeister im oberen Gersprenztal.

Eingedenk der angespannten Lage der kommunalen Haushalte mache es keinen Sinn, in Brensbach wieder einen eigenen gut dotierten Rathauschef zu berufen. Vielmehr sei die Bestellung eines gemeinsamen Bürgermeisters zumindest für Fränkisch-Crumbach und Brensbach anzustreben. Wie Thomas Strubel erklärte, bedeutet das in der Konsequenz auch eine Absage an den bisher einzigen Bewerber um die Nachfolge des 64 Jahre alten Bürgermeisters Hans-Georg Stosiek (SPD), den 52 Jahre alten Sozialdemokraten Rainer Müller. Konkurrenz kann diesem nach den Erklärungen aller politischer Gruppierungen allein noch durch die persönliche Kandidatur eines Einzel-Interessenten erwachsen. Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen endet am 28. November.

SPD gegen gemeinsame Bürgermeisterstellen von Brensbach und Fränkisch-Crumbach

Parteien – Sozialdemokraten: Verzicht auf Bürgermeisterkandidaten zielt auf Abbau der kommunalen Selbstverwaltung

SPD-Politiker aus den drei Odenwaldkreis-Gemeinden im Gersprenztal haben sich klar gegen den von CDU und UWG ins Gespräch gebrachten Vorschlag zur Zusammenlegung der Bürgermeisterstellen von Brensbach und Fränkisch-Crumbach ausgesprochen.

ODENWALDKREIS. Am Rande eines Treffens haben die SPD-Fraktionsvorsitzenden von Reichelsheim, Brensbach und Fränkisch-Crumbach die von der CDU und UWG Brensbach öffentlich ins Gespräch gebrachte „Kommunale Neuorientierung“ im oberen Gersprenztal intensiv besprochen. Was so harmlos formuliert daher komme, könnte sich als der Anfang vom Ende der Selbstständigkeit der drei Gemeinden des Gersprenztales erweisen, heißt es in einer Pressemitteilung der Sozialdemokraten. Wie berichtet, hatten CDU und UWG auf die Benennung eigener Kandidaten für die Nachfolge für Brensbachs Bürgermeister Hans-Georg Stosiek verzichtet und dies mit einem Plädoyer für die Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Bürgermeister im oberen Gersprenztal verbunden (ECHO vom 14. November: „CDU und UWG: Kein Kandidat“).

„Um unsere kommunale Selbstverwaltung und einen eigenen Bürgermeister haben unsere Vorgänger unter der Führung von Ehrenbürgermeister Loos über Jahrzehnte gekämpft“, schreibt Andreas Engel von der Fränkisch-Crumbacher SPD. Er könne nicht verstehen, dass sich der CDU-Fraktionsvorsitzende im Gemeindeparlament Fränkisch-Crumbach, Achim Weidmann, nun in seiner Funktion als Ortsvereinsvorsitzender der Christdemokraten in Brensbach für eine Zusammenlegung ausspreche und damit „allen Wahlversprechen des Fränkisch-Crumbacher CDU-Ortsverbandes zum Trotz die Crumbacher Selbstständigkeit infrage stellt“, so Engel weiter.

Der Sozialdemokrat hält es nicht für plausibel, wenn für einen solchen Schritt die angespannte Haushaltslage der Gemeinden als Begründung herhalten solle: Die Einsparung eines Bürgermeisters bringe lediglich eine finanzielle Entlastung von etwa 40.000 Euro im Jahr pro Gemeinde. Dies sei etwa im Fränkisch-Crumbach weniger als ein Prozent des Gesamthaushaltes von fünf Millionen Euro pro Jahr und würde gerade mal zehn Prozent zur Reduzierung des für nächstes Jahr erwarteten Defizits von 400.000 Eurobeitragen.

Dieser Argumentation folgend, so heißt es in der Mitteilung weiter, sei klar ersichtlich, dass es der CDU nicht allein um die Bürgermeisterstelle gehen könne. Langfristige Ziele der Vorstoß mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine drastische Kosten- und Personalreduzierung in allen drei Gemeindeverwaltungen und richte sich gegen die demokratische kommunalpolitische Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden des oberen Gersprenztales.

Dies können und wollen die SPD-Fraktionsvorsitzenden von Reichelsheim, Brensbach und Fränkisch-Crumbach, Kirsten Krämer, Reiner Müller und Andreas Engel nicht unwiderspro-

chen hinnehmen, betonen sie. Und fordern mit allem Nachdruck eine klare Aussage der CDU, was mit der angekündigten „zukunftsweisenden Verwaltungsstruktur“ und Bürgermeister-Außenstellen in den jeweiligen Gemeinden wirklich gemeint sei.

„Interkommunale Zusammenarbeit ja, Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und Selbstständigkeit nein, ist der klare Standpunkt der SPD-Vertreter des oberen Gersprenztalles“, heißt es dazu in der Mitteilung abschließend.

Odenwälder Echo, 18.11.2013

CDU will nicht mit benachbarten Gersprenztalgemeinden fusionieren

Kommunen – CDU pocht auf weitgehende Eigenständigkeit der Gersprenztalgemeinden

Die CDU in Fränkisch-Crumbach distanziert sich von Überlegungen Brensbacher Parteifreunde, in Zukunft eine Fusion benachbarter Gersprenztalgemeinden anzustreben.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. „Parteiverband und Fraktion der CDU in Fränkisch-Crumbach, ebenso unsere Beigeordneten im Gemeindevorstand mit Bürgermeister Eric Engels an der Spitze, stehen unverändert zur kommunalen Selbstverwaltung und zum Erhalt der Eigenständigkeit der drei Gemeinden im oberen Gersprenztal.“ Mit dieser Klarstellung reagieren die Christdemokraten in Fränkisch-Crumbach auf die von CDU und UWG in Brensbach angestoßene Überlegung, angesichts der angespannten Haushaltslage in den Kommunen in naher Zukunft in Brensbach keinen eigenen, gut dotierten Rathauschef mehr zu berufen. Vielmehr sei die Bestellung eines gemeinsamen Bürgermeisters „zumindest für Fränkisch-Crumbach und Brensbach“ anzustreben, hatten CDU und UWG in Brensbach argumentiert (ECHO vom 14. November: „CDU und UWG: Kein Kandidat“).

Diese Auffassung sei allein die ortsbezogene Meinung der Brensbacher CDU und UWG und entspreche nicht der Linie der Unionsverbände in Fränkisch-Crumbach und Reichelsheim, stellen die Crumbacher klar. Im Gegenteil stehe man zur größtmöglichen kommunalen Eigenständigkeit. An diesem Ziel, das auch im Kommunal- und Bürgermeisterwahlkampf 2011 bekräftigt worden sei, habe sich nichts geändert, erklärte Gemeindeverbandsvorsitzender Walter Weidmann bei der Mitgliederversammlung 2013 der Fränkisch-Crumbacher CDU. Sein Parteiverband sei stolz auf das für die Gemeinde bislang Erreichte, werde diese Arbeit fortsetzen und lasse sich keine überflüssigen Diskussionen aufzwingen.

Mit Brensbach wie auch mit Reichelsheim als dritter Gersprenztalkommune bestehe eine gute Zusammenarbeit, betonte Weidmann weiter. Mehrere Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit seien auf den Weg gebracht worden, dies auch auf Initiative von Bürgermeister und CDU in Fränkisch-Crumbach. Aktuelle Beispiele seien der neu gegründete Ordnungsbehördenbezirk und das interkommunale Gewerbegebiet mit Brensbach. Auch bei der Umstellung auf gesplittete Abwassergebühren sei vorbildlich kooperiert worden. Deshalb lautet das Fazit der Crumbacher CDU in einer Pressenotiz zum Thema: „Kooperieren ja, Fusionieren nein!“

Odenwälder Echo, 26.11.2013